

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktion: Tel. 101. Streifen. Adressen: Tel. 101. monatlich 3,00; halbjährlich 15,00; vierteljährlich 8,00. Einzelhefte 1,00. (Inkl. Porto.)

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postfach 1008 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtschulzeißenamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Kostenlos für die Mitglieder des Reichsausschusses für die deutsche Literatur. (30 mm breit) 11,50. Nachträge nach Artikel 10. Sammelbestellungen u. Einzelhefte 10.00. (Inkl. Porto.)

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Renault-Werke entlassen 28000 Arbeiter

Daladier requiriert sämtliche Verkehrsmittel

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Paris, 28. November.

Die Regierung Daladier ist nach wie vor entschlossen, dem Versuch eines Generalstreiks am Mittwoch mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Die ersten Folgen der von Moskau betriebenen Aufhebung der französischen Arbeitermassen haben diese selbst zu spüren bekommen. Die großen französischen Automobilwerke Renault haben jedem ihrer 28 000 Arbeiter durch persönliches Schreiben die Entlassung mitgeteilt.

Als vom Allgemeinen Gewerkschaftsverband am Freitagabend der Generalstreik für den kommenden Mittwoch ausgerufen wurde, hatte man offenbar die Energie des Ministerpräsidenten nicht voll in Rechnung gelegt. Die Regierung ist sofort zum Angriff übergegangen und hat die geeigneten Maßnahmen ergriffen, um die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe — Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr — zu sichern. Außerdem hat sie noch durch Rundfunk Aufforderung über die politischen Hintergründe dieses Generalstreikbeschlusses gegeben.

Die Maßnahmen der Regierung haben ihre Früchte getragen. Bereits am Montagabend läßt sich feststellen, daß der Kampf zwischen Regierung und Gewerkschaften mit einem Sieg der Regierung enden wird. Die Beamten werden sich wahrscheinlich nur in geringer Zahl an dem Streik beteiligen, denn gerade sie tragen große Verantwortung, daß ein Mißlingen des Generalstreiks Strafmaßnahmen erfordern werden könnten. Ministerpräsident Daladier hat übrigens am Montag die Behörden telegraphisch angewiesen, Eilbesuche bei den Beamten und staatlichen Arbeiter anzustellen, die am Generalstreiktag, dem Mittwoch, nicht zur Arbeit erscheinen werden. Diese Eilbesuche der Ministerpräsidenten am 1. Dezember sind vor 8 Uhr morgens einzulisten, die die letzte Entscheidung darüber treffen wird, ob im Einzelfall eine Entlassung zu erfolgen hat oder nicht. Im übrigen hat die Regierung bei den Eisenbahnen auch die Pariser Untergrundbahn, alle Autobusse und Straßenbahnen im Verordnungswege requiriert.

In Gewerkschaftskreisen selbst ist die Stimmung weniger zuversichtlich als am Wochenende. Es hat zu denken

gegeben, daß die Renaultwerke am Montag ihre 28 000 Arbeiter wegen Kontraktbruchs entlassen haben. Jeder einzelne Arbeiter der Werke muß nun ein Gehalt einreichen, wenn er wieder beschäftigt werden will. In den Abendstunden des Montags kam vielfach die Ansicht zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften, die nur schwer die einmal ausgegebene Streiklösung zurücknehmen können, eine Vermittlung mit der Regierung gern sehen würden.

Moskau spielt die letzte Karte aus

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Rom, 28. November.

Hinter der innerpolitischen Entwicklung Frankreichs spürt man in Rom die Hand Moskaus. So schreibt die „Tribuna“: „Beschlagen im Fernen Osten, aufgenommen in der Tscheko-Slowakei, seiner militärischen Ohnmacht während der Septembekrise überführt, und vor allem durch den Frieden von München hinsichtlich seiner Vernichtungspläne bloßgestellt, spielt der Bolschewismus in Frankreich seine letzte Karte aus.“ Alles deutet darauf hin, so fährt das Blatt fort, daß die Stunde der Abrechnung gekommen sei, d. h. der Augenblick, in dem der Kommunismus zur entscheidenden Aktion übergeht, mit dem Ziele, zu verhindern, daß die durch das Verdienst der autoritären Staaten in München gelegte Grundlage eines Tages zu einem ruhigen Zusammenleben oder gar zu einem gegenseitigen Verständnis zwischen den europäischen Völkern führt.

Moskaus Spiel in Paris

Die Krise, die gegenwärtig über Frankreich lastet, ist mit den üblichen parlamentarischen Krisen, die zum innerpolitischen Leben der französischen Republik wie der Punkt zum A gehören, nicht zu vergleichen. Es ist diesmal viel ernster. Die Gegensätze, die sich zwischen der Regierung und ihren Feinden aufgetan haben, reichen bis in die Fundamente des Staatensystems. Frankreich steht unmittelbar vor einer Systemkrise, die sehr leicht zum Bürgerkrieg und zur Revolution führen kann. Notwendig ist diese Entwicklung zur Katastrophe nicht, bei dem sehr labilen und explosiven Charakter politischer Volksbewegungen in Frankreich liegt eine solche Fahrt in den Abgrund jedoch sehr wohl im Bereich der Möglichkeiten. Was seit dem Ende des Weltkrieges immer wieder von machtpolitischen Erfolgen überlagert und durch innerpolitische Experimente hinauszögert wurde, ist jetzt klar zutage getreten: die Existenzkrise eines Staates. Die Lage hat gewisse Ähnlichkeiten mit der Deutschlands vor 1933. Mit dem Fortwachen im alten Schienendrian geht es nicht mehr weiter.

Die Stunde verlangt tiefgreifende Entschlüsse, neue Regierungsformen und neue Ideale. Die Große Revolution ist heute tatsächlich am Ende ihrer historischen Ausstrahlungsperiode angelangt. Wenn auch jeder gute Franzose die Schlagworte von 1789 noch immer im Munde führt, so haben sie doch ihre unmittelbare Wirkungskraft verloren und sind zu musealen Erinnerungswörtern geworden. Der gegenwärtigen Krise ist mit schönen Worten nicht mehr beizukommen. Es geht um nicht weniger als um Frankreichs Großmachtsstellung nach außen und um die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung im Inneren. Seit 1918 haben die Franzosen von der nationalen Substanz gezehrt, und nur der Taumel des Sieges hat sie darüber hinweggetäuscht, daß ihr Staat einer durchgreifenden inneren Erneuerung bedarf.

Daladier hat diese Schicksalsstunde Frankreichs erkannt. Er selbst hat das Volksfrontexperiment von 1936 eingeleitet und ist deshalb ein berufener Sachverständiger in der Beurteilung der innerpolitischen Lage. Daladier hat eingesehen, daß Frankreich in dem neuen Europa nur noch dann eine überragende Rolle spielen kann, wenn es alle nationalen Kräfte mobilisiert. Dazu gehört vor allem die Steigerung der Produktion; denn inmitten einer Staatenumwelt, wo alle Energien in den Dienst großer nationaler Aufbauprogramme gestellt sind, muß ein Volk, das nur 40 Stunden in der Woche arbeiten will, notwendigerweise Schiffbruch erleiden. Mit seinem einschneidenden Notverordnungsprogramm ist der Ministerpräsident diesem Problem zu Felde gegangen, und er hat keine Zweifel darüber gelassen, daß dieses Programm die letzte Chance darstellt, mit den bisherigen, d. h. parlamentarisch-demokratischen Methoden weiterzukommen.

Es scheint nun, als ob dieses Weiterkommen schon jetzt ernstlich in Frage gestellt ist. Die Marxisten machen nicht mit. Sie brechen in einem Augenblick, wo die Regierung vor wichtigen außenpolitischen Entscheidungen steht, einen Generalstreik vom Saun, der die Schwäche Frankreichs vor aller Welt bloßlegt. Die Radikalsozialisten haben den großen Fehler begangen, die Marxisten nach dem Scheitern des Experimentes Blum aus der Verantwortung zu entlassen. Die Regierungen nach Blum mühten die Suppe auszubüffeln, die der jüdische Esel der Marxisten dem Lande eingebracht hat. Gätte man Herrn Blum und seine ultraroten Genossen im Jahre 1937 nicht ohne weiteres zichen lassen, so würde es ihnen heute schwer fallen, für ihre Kapitulation gegen die Regierung Widerhall im Volke zu finden. So aber können die Marxisten mit denselben Schlagworten wie 1936 arbeiten und — genau wie damals — zum Generalstreik heben. Nur mit dem Unterschied, daß es heute hart auf hart gehen wird, daß eine einfache Regierungsombildung oder ein Kabinettswechsel die Lage nicht mehr retten kann. Überall spricht man von einem zweiten 8. Februar, jenem blutigen Tage des Jahres 1934, an dem es in Paris Tausende von Toten und Verletzten gab.

Der die Entwicklung der letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, für den kann es keinen Zweifel geben, wo die eigentlichen Gegenspieler Daladiers sitzen. Es geht heute nicht mehr um innerpolitische Machtpositionen oder Regierungsstile, sondern es handelt sich um

Chamberlain und Halifax besuchen Mussolini

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

London, 28. November.

Ministerpräsident Chamberlain und Außenminister Lord Halifax begeben sich, wie nun endgültig feststeht, während der kommenden englischen Parlamentsferien in der ersten Hälfte des Jahres nach Rom. Dort werden sie mit dem italienischen Regierungschef Mussolini zusammentreffen. Die Einladung geht von Mussolini aus und war Chamberlain gegenüber anlässlich der Viermächtebesprechungen in München ausgesprochen worden. Sie stellt die natürliche Entwicklung des in München begonnenen Meinungsverständnisses zwischen den vier Hauptmächten Europas dar. Daber wird sie von den konservativen englischen Kreisen in demselben Maße begrüßt, wie sie aus den Kreisen der Opposition heraus als Kapitulation vor den Machthabern der „autoritären Staaten“ verurteilt wird.

Diese Entwicklung setzt aber auch, daß Chamberlain, der mit der Opposition gerade in den letzten Wochen sehr harte Kämpfe ausgetragen hatte, die Oberhand behalten hat. Das gilt auch für viele Kreise des radikalen Flügels der Konservativen, die der Regierung die Unterstützung versagt hatten. Chamberlain wird, wie die Ereignisse lehren, die Politik der Verständigung und des Ausgleichs fortführen.

So erregte es am Montagmorgen allgemeines Erstaunen, als Chamberlain entgegen den Behauptungen der französischen Presse eindeutig im Unterhaus erklärte, England habe in Paris seiner Vergrößerung des englischen Expeditionskorps zugestimmt und sei überhaupt auf seine bestimmte Verpflichtung über die Entsendung solcher Streitkräfte im Falle eines Krieges eingegangen. Aus der kurzen Erklärung Chamberlains ging vielmehr deutlich hervor, daß sich England in keiner Weise zu einer militärischen Hilfeleistung verpflichtet habe. Allerdings bleibt abzuwarten, wie die englisch-französischen Generalsstabsbesprechungen ausfallen werden.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung über die geplante Reise Chamberlains nach Rom bestätigt, daß der Pariser Ministerbesuch hauptsächlich der Behandlung der Frage der allgemeinen europäischen Verständigung gegolten hatte und die Romreise der englischen Staatsmänner mit Bestimmtheit schon in Paris erörtert worden ist. Chamberlain und Lord Halifax werden auf ihrer bevorstehenden Reise in Italien bemüht sein müssen, die Schwierigkeiten, die zur Zeit noch einen italienisch-französischen Ausgleich verhindern, zu beseitigen, zumal die außenpolitische Aktivität Frankreichs durch seine unglückliche innerpolitische Lage gelähmt sein wird.

Göring an die Angehörigen der verunglückten deutschen Flieger

Berlin, 28. November.

Der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Göring, hat den Angehörigen der Opfer des tragischen Flinnensunkulades in Bathurst seine und der gesamten deutschen Luftfahrt tiefgefühlte Anteilnahme ausgesprochen. Die Namen dieser ausgezeichneten Männer sind für immer mit der Geschichte der deutschen Fliegerei verbunden.

Die Autofallenräuber vor dem Richter

Mannheim, 28. November.

Unter hartem Andrang begann am Montagvormittag vor dem Sondergericht die Hauptverhandlung gegen die beiden Vurischen, die am 18. November den Bäckermüller Müller aus Offenbach in seinem Auto in der Nähe von Heidelberg mit

einem Hammer niederschlugen. Den Vorsitz hat Landgerichtspräsident Michel, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Frey. Außer drei Sachverständigen waren für Montag acht Zeugen anwesend, auch die Eltern des 18-jährigen Angeklagten Heil sind geladen.

Den beiden Angeklagten wird zur Last gelegt, sechs mal in räuberischer Absicht eine Autofalle gestellt und in einem weiteren Fall einen Mordversuch begangen zu haben. Außerdem wird die Anklage ihnen einen Einbruch in die Wohnung des Verurteilten gestellt, die selbstverständlich in räuberischer Absicht Autofallen gestellt und mit dem Entschluß, vorzüglich und mit Überlegung einen Menschen zu töten, gehandelt haben, ohne daß das Verbrechen zur Vollendung kam.

Nach der Beweisaufnahme, die in allen Punkten die in der Anklageschrift fixierten Feststellungen der Voruntersuchung bestätigte, wurden die Angeklagten durch die Sachverständigen als voll verantwortlich bezeichnet. Die Verhandlung wurde dann auf Dienstag vertagt, so daß das Urteil für Dienstagabend zu erwarten ist.



HEUTE BEILAGE

Literarische Umschau